

Bege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der Großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Notizen der amerikanischen Regierung an die Britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die Deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschlüsse vorbehalten muß.

Der Unterzeichnete benutzt auch diesen Anlaß, um dem Herrn Botschafter die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. von Jagow.

Seiner Erzellenz
dem Botschafter der Vereinigten Staaten
von Amerika
Herrn James W. Gerard.

Der Reichskanzler über die Antwortnote.

§§ Berlin, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages waren erschienen der Reichskanzler, die Staatssekretäre Delbrück, Jagow, Helfferich, Kraetke, Risco, Capelle, stellv. Kriegsminister von Wandel, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Vertreter der Bundesstaaten, sowie etwa 100 Reichstagsabgeordnete. Gleich zu Beginn der Sitzung nahm der Kanzler das Wort, um die deutsche Antwortnote an Amerika bekannt zu geben und unser Verhältnis zu Amerika darzulegen. Hieran schloß sich eine Besprechung, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Die Ausführungen des Kanzlers, sowie die Besprechung waren streng vertraulich. Vor dem Sitzungszimmer waren die gewohnten Abspermaßnahmen getroffen.

Wie „L 20“ unterging.

§§ Aus Kristiania, 3. Mai, erzählt die „Dagblad“ und „Middag avise“ melden: Das deutsche Luftschiff „L 20“ ist in schwer havariertem Zustande am 3. Mai vormittags in Gausfjord bei Fäderen niedergegangen. Nach dem Wort, um die deutsche Antwortnote an Amerika bekannt zu geben und unser Verhältnis zu Amerika darzulegen. Hieran schloß sich eine Besprechung, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Die Ausführungen des Kanzlers, sowie die Besprechung waren streng vertraulich. Vor dem Sitzungszimmer waren die gewohnten Abspermaßnahmen getroffen.

Der Gausfjord, in dem „L 20“ an der Küste von Norwegen niederkam, liegt wenige Kilometer südwestlich von Stavanger.

§§ W. Stavanger, 5. Mai. Svenska Telegrammbureau meldet: Regimentskommandeur Oberst Johannsen ließ nachmittags das Luftschiff „L 20“ von einer Abteilung Soldaten beschießen, sobald es explodierte. Das Luftschiff begann wegen des starken Windes heftige Bewegungen zu machen und hätte sich, weil es noch stark mit Gas gefüllt war, leicht losreißen und Schaden anrichten können. Die Explosion war sehr stark und weit hin hörbar. Ein paar Bootschuppen sind in Brand geraten, in den Häusern sind die Fensterscheiben zertrümmert worden.

Der Jahrestag von Gorlice—Tarnow.

§§ Wien, 5. Mai. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Feldmarschall Erzherzog Friedrich erließ folgenden Armeekorpsbefehl: Ich habe am ersten Jahrestage der Durchbruchschlacht von Gorlice—Tarnow an den Deutschen Kaiser folgende Depesche gerichtet:

Heute vor einem Jahre haben deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in siegreicher Schlacht die russischen Stellungen in Galizien durchbrochen. In Treue und in Verehrung gedenken ich und meine braven Kriegskameraden an diesem Ruhmestage unserer Majestät und des glorreichen deutschen Heeres! Jene innige, durch Not und Tod gestählte Waffenbrüderschaft, die vor Jahresfrist einen der größten und folgenreichsten Siege der Weltgeschichte errungen hat, wird mit Gottes Hilfe auch weiterhin die sicherste Gewähr für unseren Erfolg bilden. Mag auch noch harte Arbeit bevorstehen, der Sieg bleibt unser.

Erzherzog Friedrich, Feldmarschall.

Der Deutsche Kaiser, der treue Freund und Bundesgenosse unseres Allergnädigsten obersten Kriegsherrn, antwortete hierauf huldvollst:

Ich danke Dir herzlich für Dein freundliches Telegramm. Auch ich erinnere mich in diesen Tagen, in denen sich der Beginn der großen galizischen Offensive jährt, dankbaren Herzens auf die Tapferkeit und Einmütigkeit, mit der die Soldaten unserer verbündeten Heere begeistert zum Sturm schritten. Ich bitte Dich, dies allen unter Deinem Kommando stehenden Truppen mitzuteilen. Der Rückblick auf die Ruhmestaten des Vorjahres berechtigt uns zu der vertrauensvollen Hoffnung, daß der gemeinsamen Wille den endgültigen Sieg erringen wird. Gott helfe dazu Wilhelm.

Diese beiden Kundgebungen sind allen Truppen zu verlautbaren.

Der deutsch-rumänische Handelsverkehr.

§§ Der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ wird aus Bukarest gemeldet: Das österreichisch-ungarische und deutsche Konfinkortium hat in den letzten fünf Tagen 3000 Waggons nach Rumänien geschickt, damit diese das aus dem zweiten Getreidevertrage kommende Getreide abholen. Außerdem hat das rumänische Eisenbahnministerium von Deutschland die Nachricht erhalten, daß von den bestellten 50 Lokomotiven 18 bereits abgefaßt und in Kronstadt eingetroffen sind, um von dort nach Rumänien weiter geschickt zu werden.

Schweden und die Befestigung der Alandsinseln.

Von unterrichteter schwedischer Seite schreibt man der „Deutschen Orient-Korrespondenz“: Die neuesten Meldungen über die von Rußland auf den Alandsinseln angelegten Befestigungen haben in Schweden Aufsehen erregt. Schweden ist damit nun auch in eine unmittelbare Beziehung zum Weltkrieg und seinem Ausgang gekommen. Im die Erregung der öffentlichen Meinung Schwedens zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich bei der Alandsinselnfrage noch in höherem Grade als bei der finländischen Frage um eine Angelegenheit handelt, die mit der Landesverteidigung im engsten Zusammenhang steht.



Im Friedensvertrag von Friederikshamn vom Jahre 1809 mußte Schweden trotz seines energischen Widerstands die Alandsinseln an Rußland abtreten. Die damals von den schwedischen Friedensunterhändlern erhobene Forderung, daß Rußland keine Befestigungen auf den Inseln anlegen dürfe, wurde abgelehnt. Unter der Regierung des Zaren Nikolaus I. wurde dann auch die Festung Bomarsund angelegt, die Schweden stets als eine Bedrohung angesehen hat. Durch den Pariser Friedensvertrag vom Jahre 1856, der den Krimkrieg beendete, wurde die Frage der Befestigung der Alandsinseln geregelt. Während des Krieges hatten die Engländer und Franzosen die Festung Bomarsund erfolgreich angegriffen und nach ihrer Einnahme geschleift. Im Friedensvertrag wurde dann vereinbart, daß Rußland in Zukunft weder Befestigungen noch militärische oder maritime Anstalten auf den Inseln errichten dürfe. An dieser Vereinbarung waren außer England und Frankreich auch Preußen, Österreich-Ungarn und die Türkei beteiligt. Infolgedessen konnte Deutschland auch im Jahre 1908 der Forderung Rußlands auf Beseitigung des Abkommens vom Jahre 1856 erfolgreich widersprechen. Schweden dagegen war an dem Abkommen nicht beteiligt und kann daher auch heute nicht Rechtsansprüche in dieser Frage für sich geltend machen.

Man hält jedoch in allen Kreisen den Zeitpunkt jetzt für gekommen, die Frage der Alandsinseln endgültig zu lösen, und zwar dadurch, daß die Inselgruppe an Schweden übergeht. Von einer Seite wird vorgeschlagen, beim künftigen Friedensschluß diese Forderung mit aller Entschiedenheit geltend zu machen, wobei man auf die Unterstützung der Zentralmächte hofft. Eine bescheidene Minderheit — und zwar dieselben Kreise, die auch schon Finlands wegen ein Eingreifen Schwedens in den Krieg befürwortet haben — tritt erneut für den Anschluß an die Zentralmächte ein. Es handelt sich jedoch dabei nur um eine Minderheit, die ohne entscheidenden Einfluß auf die politische Haltung des Landes ist. (W. g.)

Die Invaliden vom „Albatros“.

§§ W. Stockholm, 5. Mai. Sonnabend haben 10 Invaliden vom „Albatros“, 2 Unteroffiziere und 8 Mann, die Heimreise nach Deutschland angetreten.

Der Krieg der Türkei.

§§ W. Konstantinopel, 4. Mai. Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine wichtige Wandlung gemeldet worden. Am 2. Mai unternahm ein unserer Wasserflugzeuge einen Erkundungsflug in der Richtung auf Tenedos und Lemnos und warf über Lemnos 4 Bomben ab, die alle explodierten.

Die Kämpfe in den Kolonien.

§§ W. Havre, 5. Mai. (Agence Havas.) Das belgische Kolonialministerium teilt mit: General Tonbeur, der Oberbefehlshaber der belgischen Kräfte an der Spitze des Kongo, meldet, daß die belgischen Truppen die feindlichen Stellungen, die den Übergang bei Kiffisi verteidigten, umfassen und auf dem deutschen Ufer des Kivuflusses landeten. Dieses Manöver, durch das Feuer belgischer Aufklärungsboote (?) begünstigt, zwang den Feind, die Stellungen bei Kiffisi, südlich des Sees, zu räumen. Die belgischen Truppen überschritten den Fluß und besetzten die deutschen Stellungen von Tchangugu. Nördlich von Kivu sind die Belgier gleichfalls in deutsches Gebiet eingedrungen.

Das englische Dienstpflichtgesetz.

§§ W. London, 5. Mai. Das Unterhaus hat das Dienstpflichtgesetz mit 328 gegen 36 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

§§ W. London, 4. Mai. Asquith sagte in seiner Rede, in der er die neue Dienstpflichtbill ankündigte: Die Armee bestand im August 1914 aus sechs regulären und vierzehn Territorial-Divisionen, oder zusammen mit den überseeischen Garnisonen aus 26 Divisionen. Jetzt haben wir 42 reguläre und 28 Territorial-Divisionen, also zusammen 70 und mit der Marine-Division 71. Meer und Flotte zählen jetzt 5 Millionen Mann. Am letzten Juli war festgestellt, daß eine Armee von 70 Divisionen zur Erhaltung eine wöchentliche Rekrutierung von 25 000 bis 30 000 Mann brauche. Asquith gab sodann einen Überblick über die Rekrutierungspolitik der Regierung. Er erwähnte kurz die Übergabe von Kut el Amara und sagte: In dem Krieg gegen Napoleon habe man Pitt und Wellington ebenbürtige Unentschlossenheit, Singulierung und Aufschub vorgeworfen, wie der jetzigen Regierung. Er schloß mit einer Verteidigung der Regierung und sagte, sie könne ihre Aufgaben nur vollführen, wenn sie das Vertrauen der Nation besäße.

Carson erwiderte, er brauche die Regierung nicht zu rühmen oder ihr seine Sympathie auszusprechen, da sie das stets selbst besorge. An dem Tage, wo die ganze Nation über solch ein Unglück, wie die Übergabe von Kut el Amara, trauert, kann man ihre Sorge nicht verschweigen und ihr Gemüt beruhigen, indem man mit schönen Worten das abzuschwächen sucht, von dem jeder weiß, daß es ein großes Unglück ist. Was die Rekrutierung betrifft, so sagt Asquith bei solchen Gelegenheiten stets, was das Land alles getan habe, aber es kommt darauf an, ob es genug getan habe. Wenn Asquith während des ersten Kriegsjahres an die Nation appelliert hätte, wäre die allgemeine Wehrpflicht schon damals angenommen worden. John Simon sprach gegen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Sir Alfred Mond sagte, die Nation könne die Bemühungen der Regierung nur nach ihren Ergebnissen beurteilen. Wenn die Ergebnisse schlecht seien, könne die Regierung kein Vertrauen erwarten. Angesichts Irlands, Kut el Amaras und Gallipolis sei es unmöglich, Vertrauen zur Regierung zu haben. Es sei wichtig, daß die Regierung das Vertrauen, das ungewissheit sehr erschüttert sei, wiedergewinne. Wenn das unmöglich ist, seien Neuwahlen ein geringeres Übel, als eine Regierung und ein Parlament, die keine Fühlung mit der allgemeinen Stimmung im Lande haben. Man treibe in diese Lage hinein. Es könne eine gefährliche Lage werden. Bringle (lib.) sagte, die Schwierigkeiten der Rekrutierung haben mit der Bildung der Koalition begonnen, weil ein Teil der Presse seitdem gegen das Prinzip der Freiwilligkeit agitiert habe. Major Wood (Unionist) sagte, die Regierung habe in der Frage der Rekrutierung nichts getan, außer, wenn sie durch die Presse oder das Parlament dazu gezwungen worden sei. Es sei Zeit, daß die Kompromisse aufhörten. Thomas (Arbeiterpartei) sagte, es sei nicht erstaunlich, wenn die Arbeiter tief eingewurzelte Vorurteile gegen die allgemeine Dienstpflicht hätten. Die Arbeiterkonferenz hätte sie fast einstimmig verworfen. Da in diesem Kriege 20 Millionen kämpften, würden 200 000 Mann die Entscheidung kaum herbeiführen.

Bei der Debatte über die zweite Lesung der Militärdienstpflichtbill wurde von einem liberalen Abgeordneten teils aus allgemeinen, hauptsächlich aber aus wirtschaftlichen Gründen deren Ablehnung beantragt. Lloyd George erklärte in seiner Antwort, das Kabinett sei einstimmig zu dem Beschluß gelangt, daß die Forderung des Armeeministers nach jedem verfügbaren Mann unbedingt berechtigt war. Die Überlegenheit an ausgerüsteten Mannschaften sei für den Sieg unerlässlich, denn während die Ausrüstung der Russen sich wieder bedeutend verbessert habe, sei es wesentlich, daß Frankreich und Großbritannien, die für ihre Ausrüstung selbst sorgen könnten, dieses Jahr sofort so viel als möglich von den Kriegslasten auf sich nehmen, bis Rußland seine Ausrüstung vollendet habe. Die Einberufung aller Männer Großbritannien, die von der großen Mehrheit des Hauses unterkühlt werde, würde die schlechteste Nachricht für den deutschen Generalstab sein.

Die Auflage gegen Cajement.

§§ Berlin, 5. Mai. Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Kristiania: Die Auflage gegen Cajement lautet auf Hochverrat. Der Gerichtshof, der über diese Auflage zu befinden haben wird, besteht aus drei Richtern. Der Lord-Oberrichter von England wird wahrscheinlich den Vorsitz führen.

Der Seekrieg.

§§ W. London, 5. Mai. Der französische Fischereischoner „Bernadotte“, 485 Bruttoregister-tonnen, ist am 1. Mai im Atlantischen Ozean 150 Meilen von der nächsten Küste entfernt durch ein feindliches Unterseeboot versenkt worden. 34 Mann der Besatzung sind in Booten ertrunken, 8 Mann sind ausgenommen worden, die übrigen 26 treiben noch.

§§ W. Frederikstad, 5. Mai. Der Leichter „Mars“ aus Frederikstad, der von Carpsborg mit Propyls nach England unterwegs war, ist Dienstag abend in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot angehalten und in Brand gesetzt worden. Die Besatzung von sieben Mann ist an Bord eines Schleppdampfers hier angekommen.

§§ W. Harwich, 5. Mai. Lohbmelbung. Der holländische Dampfer „Maikhaven“ ist flottgemacht und wird aufeinander nach der Themse geschleppt werden.

§§ Aus Genf, 4. Mai, berichtet die „Égal. Rundschau“: Eine Meldung des „Yoner „Progrès“ aus Madrid besagt, daß der spanische Dampfer „Yubiana“ 23 Matrosen des spanischen Schiffes „Vinfreda“, das in der Nordsee sank, gelandet hat. Die Besatzung weiß nicht, ob das Schiff auf eine Mine gelaufen oder torpediert worden ist. Die meisten Männer schliefen, als die Explosion stattfand, so daß der fünfte Teil der Besatzung untauglich oder verwundet wurde.

Griechenlands Bedrängung.

§§h. Athen, 5. Mai. Wie gemeldet wird, erschien der englische Gesandte Elliot bei dem Ministerpräsidenten Skuludis und warnte die Regierung davor, griechische Truppen nach Korfu zu bringen, da sonst Zusammenstöße schwer zu vermeiden wären.

Die Lage in Persien.

§§h. Budapest, 5. Mai. Die rumänische Presse veröffentlicht eine bisher noch nicht bekämpfte drahtlose Depesche aus Lyon, wonach dort die Nachricht eingelaufen sei, daß in Spahan der russische Konsul auf offener Straße getötet und der englische Bizekonsul erdolcht worden sei. Der Begleiter des englischen Konsuls soll durch Revolvergeschüsse schwer verwundet sein.

Roosevelt als Kriegstreiber.

§§ Aus Lugano, 2. Mai, wird der „Égal. Rundschau“ gemeldet: In ihrer letzten Nummer vom 1. Mai veröffentlicht die „Tribuna“ eine Interredung mit Roosevelt, der die Politik Wilsons neuerdings hart tadelt und erklärt, daß Amerika zum Schutze seiner Weltstellung den Krieg mit den Mittelmächten länger hätte herbeiführen müssen. Roosevelt verband mit der Erinnerung an seinen früheren Aufenthalt in Rom warme Wünsche für den Sieg der italienischen Waffen.

Amtlicher Bericht über die Kriegslage.

Die Ergebnisse des Luftkrieges im April.

W.B. Großes Hauptquartier, 5. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern war die Geschütztätigkeit an der englischen Front zwischen Armentières und Arras lebhaft. Bei Givenchy-en-Gohelle entwickelten sich Handgranatenkämpfe um einen Sprengtrichter, in den der Feind vorübergehend hatte vordringen können.

Südlich der Somme sind nachts deutsche Erkundungsabteilungen in die feindliche Stellung eingedrungen, haben einen Gegenstoß abgewiesen und einen Offizier, 45 Mann gefangen genommen.

Links der Maas drangen unsere Truppen in vorspringende französische Verteidigungsanlagen westlich von Avocourt ein. Der Feind hatte sie unter dem Eindruck unseres Feuers aufgegeben; sie wurden zerstört und planmäßig wieder geräumt. Südöstlich von Avocourt wurden mehrere französische Gräben genommen und Gefangene eingebracht. Ein gegen den westlichen Ausläufer der Höhe „Foter Mann“ wiederholter feindlicher Angriff brach völlig zusammen.

Rechts der Maas kam es besonders nachts zu starker Artillerietätigkeit.

Ein englischer Doppeldecker mit französischem Abzeichen fiel an der Küste nahe der holländischen Grenze unversehrt in unsere Hand; die Insassen rieten sich auf neutrales Gebiet. Ein deutsches Geschwader warf auf die Bahnanlagen im Nublète- und Aubertal (Champagne), sowie auf den Flughafen Snippes ausgiebig und erfolgreich Bomben ab.

Der Luftkrieg hat im Laufe des Monats, auf der Westfront einen großen Umfang und wachsende Erbitterung angenommen; an Stelle des Einzelgefechts tritt mehr und mehr der Kampf in Gruppen und Geschwadern, der zum größten Teil jenseits unserer Linien ausgefochten wird. Im Verlaufe dieser Kämpfe sind im Monat April auf der Westfront:

26 feindliche Flugzeuge durch unsere Kampflieger abgeschossen, davon 9 diesseits der Frontlinie in unseren Besitz gefallen. Außerdem erlagen 10 Flugzeuge dem Feuer unserer Abwehrkanonen.

Unsere eigenen Verluste belaufen sich demgegenüber auf zusammen:

22 Flugzeuge; von diesen gingen 14 im Luftkampf, vier durch Richtschiff, vier durch Abschuss von der Erde und verloren.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet. Oberste Heeresleitung.

Die Deutschen aus Kamerun.

W.B. Cadix, 5. Mai. 700 derjenigen Deutschen, die von Kamerun auf spanisches Gebiet übergetreten waren, sind hier angekommen. Sie wurden zur Internierung in das Innere des Landes befördert.

Die Namen der Angekommenen sind nicht bekannt. Bisher ist an zuständiger Stelle nur eine namentliche Liste der nach spanisch-Mexico übergetretenen Beamten des Gouvernements Kamerun eingegangen, dagegen stehen die Listen der Schutztruppenangehörigen, Pflanzler, Kaufleute usw. aus. Ihre Veröffentlichung erfolgt baldigst nach ihrem Eintreffen.

Deutsches Entgegenkommen für Polen.

§§h. Aus Wien, 5. Mai, berichtet die „Frankf. Zig.“: Der Krakauer „Gazet“ meldet aus Warschau: Die deutschen Behörden bewilligen die Wiedererrichtung des aufgelösten polnischen Schulvereins, dem gestattet wurde, überall in Polen Zweiganiederlassungen zu begründen, Volks-, Mittel- und höhere Schulen, sowie Volksbibliotheken und Lesehallen zu errichten, sowie Vorträge zu halten. Auch Zeitschriftenvereine dürfen gegründet werden.

Gegen den Lebensmittelwucher.

W. Berlin, 5. Mai. Das Berliner Polizeipräsidium hat ein besonderes Dezernat für Überwachung des Lebensmittelmarktes eingerichtet, das der Kriminalpolizei untersteht und vom Kommissar Lehmann geleitet wird. Das Dezernat hat bereits in den letzten Tagen eine außerordentlich ergiebige Tätigkeit geleistet. In Berlin sind bei 18 Schlächtermeistern große Vorräte an Fleisch und Würstwaren beschlagnahmt worden. Es handelt sich zum Teil um Meister, die schon seit Jahren ihre Geschäfte betreiben und durch diese reich geworden sind. Insgesamt wurden gestern 200 Zentner Schinken und Würst beschlagnahmt.

Millionen-Unterdrückung bei einer sizilianischen Bank.

§§ Aus Lugano, 4. Mai, wird dem „Luz.“ berichtet: Die römische „Italia“ beschuldigt den Generaldirektor der Emissionbank Banco di Sicilia in Palermo, Commendatore Cosens, das Institut durch unlautere Machenschaften, wie Kreditgewährung an Zahlungsunfähige, Verwandte und politische Persönlichkeiten und Freunde, um 8 Millionen Lire geschädigt zu haben.

Der russische Bericht.

W.B. Petersburg, 5. Mai. Amtlicher Bericht vom 4. Mai. Westfront: Der Feind entwickelte lebhafteste Artillerietätigkeit im Abschnitt Nerxell und in der Gegend der Stellungen von Dinaburg und südwestlich von Dinaburg. In der Gegend südlich von Dinaburg waren feindliche Flugzeuge an vielen Stellen der Front abgefangen. In der Gegend südlich von Nerxell entspann sich ein heftiger Artilleriekampf; in dessen Verlauf krepierte ein unserer Geschosse in einem deutschen Artilleriegeschütz, welches unser Schützen besetzte.

Kaukasusfront: In der Richtung auf Maiburi schlugen wir einen nachlässigen Angriff der Türken in dem Abschnitt ihrer Stellungen zurück, die wir vor kurzem eingenommen hatten. Ebenso wiesen wir einen feindlichen nächtlichen Angriff in der Richtung Erainjan ab.

§§ Der Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes, Anton Ringel, ist gestern im Alter von 68 Jahren in Frankfurt bei Berlin gestorben.

Schlesien

Von der Diakonissenanstalt Bethanien.

* Die Oberin der Diakonissenanstalt Bethanien in Breslau Schwester Lisa Gräfin von Zebly und Trübschler hat ihr Amt als Oberin niedergelegt, um in ihrem eigenen Heim, der Villa Augusta in Landeck, ihre segensreiche Arbeit fortzusetzen. Das Amt der Oberin verwaltete sie seit dem Mai 1910. Stellvertretende Oberin ist jetzt ihrem Weggänger Diakonisse Schwester Gertrud Steiner.

Vom Breslauer Arbeitsmarkt.

* Über den Breslauer Arbeitsmarkt im Jahre 1915 wird magistratsmäßig berichtet: Die allgemeine Arbeitslosigkeit, mit der der Arbeitsnachweis in Breslau noch in den Monaten Januar und Februar zu kämpfen hatte, hörte mit dem Beginn des Frühlings auf dem Arbeitsmarkt für Männer auf. Eine Menge Arbeitsloser konnte zu Arbeiten im besten feindlichen Gebiet aus Breslau ausgeführt werden. Nicht nur gelernte und ungelernete Arbeiter, sondern auch Kaufleute, Techniker, Werkmeister und Angehörige der freien Berufe, die in den Monaten völlig brach lagen, ließen sich anwerben. Eine große Anzahl Arbeitsuchender wurde verschiedenen Bauunternehmern zu Bauten von Fabriken für Kriegszwecke zugeführt. In den Monaten Januar, Februar und März wurden 1608 Arbeitslose durch den städtischen Arbeitsnachweis auswärts in Arbeit und Lohn gebracht. Weiterhin wurden dann noch 1025 Arbeitsuchende hinausgeschickt. Da dadurch den hinterbliebenen Arbeitsuchenden reichere Gelegenheiten zur Beschäftigung geboten war, so ist von einer Arbeitslosigkeit der ungelerneten Arbeiter damals in Breslau nicht zu reden gewesen. Von den gelernteren Arbeitern waren manche Berufsgruppen durch Secretarbeit vollauf beschäftigt, so die Metallbearbeitung, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, die Lederindustrie und verwandte Gewerbe, die auch für den größeren Teil des Jahres das Vorkriegsgewerbe. Da jedoch die tüchtigsten Arbeiter durch die Nachkriegsnotwendigkeit untergebracht wurden, während die schwer unterbringbaren sich an den städtischen Arbeitsnachweis wandten, so überließ auch hier die Zahl der Arbeitsuchenden allerdings weit die der offenen Stellen, und die Bemühung, diesen Leuten Arbeit zu verschaffen, war oft vergebens. Insbesondere konnte der Arbeitsnachweis in dem Baugewerbe, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, sowie in der der Nahrungs- und Genussmittel nicht die verlangten Stellen schaffen, zumal die zahlreich angebotenen auswärtigen Stellen von den Arbeitsuchenden nicht genommen wurden wegen des dort geringeren Lohnes. Manche kleinere selbständige Handwerker schlossen in jener Zeit ihren Betrieb und gingen entweder in einen verbandlichen Beruf über oder traten in einen Fabrikbetrieb ihres Gewerbes ein. Beispielsweise wandten sich die Goldschmiede zur Granatendelerei, die Buchbinder zur Sattlerei, die Handschuhmacher zur Bandagenherstellung und Angehörige freier Berufe zur Schachtelherstellung. Viele selbständige Betriebe schränkten sich ein, und ihre entlassenen Gehilfen stellten sich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Den Angehörigen der Kaufmännischen Gewerbe, die zu Anfang des Jahres auch sehr zahlreiche Stellen suchten, vermittelte der städtische Arbeitsnachweis zunächst Arbeit und Verdienst bei der elektrischen Bahn und ähnlichen Betrieben, wovon jedoch wegen schlechter Erfolge Abstand genommen werden mußte. Als durch die Eingiehungen zum Militär wieder Lücken unter den Arbeitskräften entstanden, konnte der Arbeitsnachweis eine größere Zahl älterer Kräfte in den leer gewordenen Stellen unterbringen, und in der Mitte des Jahres zeigte sich ein gesundes Zahlenverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage; da aber geeignete Kräfte doch fehlten, blieben manche Stellen unbesetzt.

Für Frauen herrschte von Anfang an Arbeitslosigkeit, die im Monat Mai sich überaus steigerte. Man suchte in verschiedenen Industriezweigen, so in der Zigarren-, Schokoladen-, Seifen-, Schuhindustrie usw., Beschäftigung für Frauen nach, und es wurde eine ganze Zahl auf diese Weise (so beispielsweise in den Vintehofmann-Werken 200 Frauen) untergebracht. Bei dem Bekleidungsamt des 6. Armee-Korps wurde die Übertragung eines großen Auftrags an den Verband der deutschen Frauenvereine erreicht, was aber für Breslau nur vorübergehend Erfolg hatte. Der Arbeitsnachweis suchte Beschäftigung für Frauen auch bei der Eisenbahn, Post, den Banken, den städtischen Betrieben, den Versicherungsgesellschaften, den Krankenkassen usw. nach, und obgleich man ihm wohlwollend entgegenkam, konnte der bestehende Arbeitslosigkeit dadurch doch nur in geringem Maße abgeholfen werden. Insbesondere betrafte die Zahl der Arbeitslosen das Verankerungs- und Herstellungsverbot in der Textilindustrie, so daß von Juli bis Dezember durchschnittlich monatlich über tausend arbeitslose Mäherinnen und Strickerinnen im Arbeitsnachweis Stellung nachsuchten.

Personalnachrichten.

* Professor Dr. Pölzig, der bisherige Direktor der Königl. Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau ist jetzt in Dresden durch Oberbürgermeister Blüher vor versammeltem Räte und in Anwesenheit der Stadtverordnetenvorsitzer Oberjustizrat Dr. Stidel, Stadtverordnetenbezirksvorsteher Dr. Vogel und Hofrat Holst und Stadtverordneten Scholz und Schnabel zum besetzten Ratsmitgliede und Stadtbaurate für das Hochbauwesen feierlich eingeführt worden. Namens der Stadtverordneten begrüßte und beglückwünschte ihn, dem „Dresdner Anzeiger“ zufolge, der Stadtverordnetenbezirksvorsteher. Dieser dankte für die ihm gemachten Worte.

* Der Breslauer Privatdozent Lic. theol. Johannes Wehm ist zum a. o. Professor für neutestamentliche Theologie an der Universität Königsberg i. Pr. als Nachfolger des nach Wien gegangenen Professors Dr. Richard Hoffmann in Aussicht genommen. Geboren 1883 zu Doberan (Radelburg) besuchte Wehm die Universitäten Erlangen und Rostock, sowie das Predigerseminar in Schwerin, nach Ablegung der beiden theologischen Prüfungen wurde er im Januar 1908 Repetent für neutestamentliche Exegese bei der theologischen Fakultät der Universität Erlangen. Ebenfalls promovierte er im Februar 1911 zum Lic. theol. und habilitierte sich ein Jahr darauf für neutestamentliche Wissenschaft. Im Dezember 1913 erhielt er die venia legendi in der Breslauer evangelisch-theologischen Fakultät. Sein Spezialarbeitsgebiet ist Sprache, Literatur, Geschichte und Theologie des Urchristentums.

* Oberleutnant d. Ref. Knabe aus Breslau hat das Oldenburgische Friedrich-August-Kreuz 2. Klasse erhalten.

Verschiedene Mitteilungen.

* Der private Post- und Telegramm-Verkehr zwischen Deutschland und dem Postgebiet des Oberbeschißers Ost ist unter den bekannten Bedingungen jetzt auch auf die im Postgebiet Ost Ost neu eingerichteten Postorte Kalmarja, Mariampol, Sejn, Wabslawow, Dombromo, Anshygn, Siemiatyze und Woltowyst ausgebeht worden.

* Bei den an den Annahmestellen der Postämter offen zur Einlieferung vorgelegten Wertbriefen nach dem Ausland müssen förmliche Mitteilungen, soweit sie überhaupt zulässig sind, in deutscher Sprache abgefaßt sein und dürfen nur kurze Angaben über Inhalt und Zweck der Sendung enthalten.

* Die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien hat ein „Buch für Belgien“ herausgegeben, das die wichtigsten Bestimmungen über den Post- und Telegraphenverkehr innerhalb Belgiens, sowie zwischen Belgien und anderen Ländern und außerdem ein Verzeichnis der deutschen Postämter in Belgien enthält. Das Buch kann unmittelbar vom Postamt I in Brüssel bezogen werden gegen Einzahlung von 55 Pfg. (40 Pfg. Verkaufspreis und 15 Pfg. Porto für Absendung des Buches) in deutschen Reichsmark oder mittels Postanweisung.

[Worbprosch.] Deutsches O.S., 5. Mai. Die Verhandlung gegen den wegen Erschießens des Fortausschere Soldaten angeklagten Wilderer Kosmalle ist wesentlich gekürzt worden, indem der Angeklagte gestern ein Geständnis ablegte. Er räumte seine Schuld voll und ganz ein und erklärte, daß er Soldat nicht habe töten wollen; er wollte ihn nur an den Beinen treffen. Gerichtsbot und Angeklagter verständigten sich auf die weitere Reuegenahme. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage auf vorläufigen Mord, worauf das Gericht den Angeklagten zum Tode verurteilte. Außerdem wurde auf die üblichen Nebenstrafen erkannt. Die Geschworenen haben jedoch beschlossen, für den Angeklagten ein Gnabengeld einzusetzen.

[Sonntagsverkehr nach Sibirienort.] Nach Einführung der Sommerzeit liegt der Sonntagszug 358, Sibirienort ab 7.00 für den Ausflugsrückverkehr zu früh. An seiner Stelle verkehrt vom 7. Mai ab an allen Sonntagen im Sommer und am 1. und 12. Juni Wz. 807, Sibirienort ab 7.11, Hundsfeld ab 8.02, Schottwitz ab 8.09, Breslau Dttbf. an 8.14.

-8. Lauban, 4. Mai. Ein schweres, lange anhaltendes Gewitter entlud sich in den Abendstunden des Mittwoch im Quelstal zwischen Lauban und Marllisa. Durch den plötzlich einsetzenden Orkan wurden bei Wiegendorf und Nieder Langenöls 13 Masten des elektrischen Hochspannungsleitung umgestürzt und zahlreiche Obstbaumblüten verberstet. Infolge Mißgeschicks wurde nach dem Hochwalde zu ein großes Feuer wahrgenommen. Der sehr ergiebige Regen hat den Feldern und Wiesen und jungen Saatgut recht wohl getan.

W. Herrstadt, 4. Mai. Die Stadtparkasse erzielte im Jahre 1915 einen Reingewinn von 6510 Mark, welcher gemäß § 27 der Satzungen dem Sicherheitsvermögen (Reservefonds) überwiefen wurde. — Im Laufe dieses Frühjahres wurden durch Kammerer Weikert von hier 5000 Schlei und ein Zentner einsommeriger Karpfen in der Wartsch und Forste hier selbst ausgelegt.

* Breslau, 5. Mai. Für die Stadtverordnetenversammlung hat sich wieder so viel Arbeitsmaterial angeammelt, daß am Donnerstag den 11. Mai eine Sitzung stattfinden wird.

— Die Stadtbaudeputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage, in wieviel bei der Vergabung städtischer Arbeiten Mitglieder der Baudeputation beteiligt werden dürfen. Die Deputation nahm der „Volksrecht“ zufolge die von dem Magistrat vorgelegten Grundsätze an. Danach dürfen sich Baudeputierte an Bauten, Arbeiten und Lieferungen, die von der Baudeputation selbständig vergeben, von ihr selbst geleitet oder beaufsichtigt werden, grundsätzlich überhaupt nicht beteiligen, und zwar weder bei öffentlicher noch bei engerer Ausschreibung, noch auch bei freihändiger Vergabung. Zulässig soll die Beteiligung nur sein, wenn es sich um eine öffentliche Ausschreibung handelt, deren Wert mehr als 30000 Mark beträgt; bei solchen Ausschreibungen wird der Zuschlag durch förmlichen Beschluß des Magistratskollegiums erteilt. Soll die Vergabung an einen Baudeputierten freihändig geschehen oder soll ein Baudeputierter zur Vergabung in engerer Ausschreibung zugezogen werden, so muß der Wert der Lieferung (Arbeit) bei engerer Ausschreibung 10000 Mark, bei freihändiger Vergabung 3000 Mark übersteigen. Zu Lieferungen und Arbeiten unter 10000 Mark und unter 3000 Mark darf ein Baudeputierter überhaupt nicht zugezogen werden, weil bis zu diesen Wertgrenzen die Baudeputation den Zuschlag selbständig erteilt. Soll zu einer engeren Ausschreibung im Werte von mehr als 10000 Mark oder zu einer freihändigen Vergabung im Werte von mehr als 3000 Mark ein Baudeputierter nach dem Gutachten der Baudeputation zugezogen werden, so ist dazu die Genehmigung des Magistrats vor der ersten Mitteilung an das Deputationsmitglied einzubohlen. Soll der Baudeputierte nach dem Gutachten der Baudeputation den Zuschlag erhalten, so muß ihn der Magistrat erteilen. Bei der engeren Ausschreibung wird der Zuschlag durch förmlichen Magistratsbeschluß erteilt, wenn der Baudeputierte nicht der Mindestfordernde ist, aber doch für den Zuschlag empfohlen worden ist, sonst wird der Zuschlag durch Magistratsbesetzung erteilt. Bei der freihändigen Vergabung wird der Zuschlag immer durch Magistratsbeschluß erteilt.

— Beschlagnahme wurden die Fahräder: „Brennabor“ 540 051, „Brennabor“ 558 646, „Görde“ 148 377, „Sultan“, „Belmeiß“ 287 751, „Weil“, Marke unbekannt, Nr. 479 918; ferner mehrere Räder ohne Marke und Nummer. Die Eigentümer der Räder mögen sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden. — Am Donnerstag, nachmittags 8 Uhr, bemerkten Bewohner des Hauses Schwentfeldstraße 14 Gasgeruch, der aus einer Wohnung drang. Als man die verschlossene Eingangstür öffnete, fand man in der Küche die 19 Jahre alte Tochter der dort wohnenden Familie in der Küche mit Leuchtgas vergiftet bewußtlos vor. Die Samariter der Feuerwehr wandten an der ins Freie geschafften Bewußtlosen den Sauerstoffapparat an, konnten sie aber nicht zum Bewußtsein bringen. Im Krankenhause wurde sie in das Allerheilighospital gebracht.

— Heute früh, kurz vor 8 Uhr, entfiel ein Brand im Keller des Vorderhauses Kreuzstraße 13. Dort lagernbes Gemülle und Stroh war vermutlich durch mit Streichhölzchen spielende Kinder in Brand gefaßt worden. Die Hausbewohner konnten das Feuer schon vor Ankunft der Feuerwehr löschen.

Handelstell.

* Versammlung Breslauer Börseinteressenten. Breslau, 5. Mai. Die Antwort der deutschen Regierung auf die amerikanische Note war während der Dauer der heutigen privaten Börsensammlungen zwar noch nicht bekannt, doch nimmt man an, daß ihre Abfassung in einem Zone erfolgt ist, der die schwöbenden Fragen friedlich löst. Es wirkte dies auf die Stimmung günstig ein, wovon namentlich wieder Bergwerksaktien profitierten. An der Spitze standen Oberbedarf und Oberschle. Industrie, die noch durch die Preiserhöhungen des Stahlwerksverbandes und durch die in der Sitzung dieses Verbandes bekannt gewordenen Auslassungen in den Vordergrund traten. Bei Oberchef Eisenindustrie Aktien gelangt heut der Dividendenchein zur Abtrennung. Stiller war es dagegen auf dem Gebiete der sonstigen Industriepapiere, wenn auch deren Wertstand zum Teil gut gehalten blieb. Auch in heimischen Fonds war der Verkehr begrenzter, doch konnten sich die Kurse behaupten. Polnische Pfandbriefe waren gefragt. Für täglich kimbbares Geld herrschte Begeh.

Berlin, 5. Mai. Auslandswchsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Geldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

Dik.	5.	4.	Dik.	5.	4.
— New-York 1 Doll.	5.21 G	5.21 G	5 1/2 Norwegen 100 Kr.	162 1/2	162 1/2 G
do.	5.23 B	5.23 B	4 1/2 Schweiz . 100 Fr.	108 3/4	108 3/4 G
4 1/2 Holland 100Guld.	217 1/2	219 1/2 G	do.	108 1/2	108 1/2 G
do.	217 1/2	220 1/2 G	5 Ost.-Ung. 100 Kr.	69.50	69.60 G
5 Dänemark 100Kr.	161 1/2	161 1/2 G	do.	69.60	69.70 G
do.	162 1/2	162 1/2 G	6 Rumänien 100Lei.	86 1/2	86 1/2 G
5 Schweden 100 Kr.	161 1/2	161 1/2 G	do.	86 1/2	86 1/2 G
do.	162 1/2	162 1/2 G	6 1/2 Bulgarien 100Lewa	78 1/2	78 1/2 G
5 1/2 Norwegen 100 Kr.	161 1/2	161 1/2 G	do.	78 1/2	78 1/2 G

* Vom Stabeisenmarkt. Heute findet eine Mitglieder-versammlung der Auslandsvereinigung für Stabeisen statt, in der über die Neugestaltung der Verkaufspreise Beschluß gefaßt werden soll. Es ist beabsichtigt, den zurzeit gesperrten Verkauf wieder aufzunehmen und hierbei im Anschluß an die gestern erfolgte Erhöhung der Preise beim Stahlwerksverband ebenfalls eine Erhöhung der Verkaufspreise, und zwar um 20 bis 20 A pro Tonne eintreten zu lassen. Gleichzeitig soll über den engeren Zusammenschluß der siegerländischen Produktion Beschluß gefaßt und hierbei angeregt werden, für einige Cochen von Walzeisen Höchstpreise festzusetzen.

